

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 103 (2023)

Heft: 1109

Titelseiten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

“Um die freiheitlich-demokratische Ordnung zu bewahren, müssen wir das Individuum zur informationellen Selbstbestimmung befähigen.”

Philippe Burger

Durchsichtiger Staat statt gläserner Bürger

Warum die herrschende Informationsasymmetrie umgedreht werden muss.

«Wer nichts zu verbergen hat, der hat doch auch nichts zu befürchten.» So lautet das oft überhaupt nicht durchdachte Argument derjenigen, die keine Mühe damit haben, dass der Staat laufend mehr persönliche Daten sammelt – mit dem vorgeblichen Ziel, seine Aufgaben im digitalen Zeitalter besser zu erfüllen. In der Folge kommt die Privatsphäre weltweit immer stärker unter Druck, aufgrund neuer technischer Möglichkeiten, aber auch aufgrund neugieriger Staaten.

Mit der Analyse und Auswertung riesiger Datenmengen zum Privatleben ihrer Bürger wollen die Staaten das Zusammenleben «besser organisieren» bzw. steuern und kontrollieren. Doch die Privatangelegenheiten des Bürgers müssen privat bleiben; die Privatsphäre ist der legitime Rückzugsort vor den Zwängen und Anforderungen der Politik, und ohne Privatsphäre gibt es keine Freiheit.

Umgekehrt gehört der Staat der Öffentlichkeit, er ist «die öffentliche Sache» schlechthin. Die staatlichen Angelegenheiten sind von öffentlichem Interesse und sollten für jeden Bürger transparent offengelegt werden. Nur so können auch die mit der Staatsführung und -verwaltung betrauten Behörden gegenüber dem Bürger Rechenschaft über ihr Tun und Lassen ablegen.

Die Realität sieht aber anders aus: Was in den Sitzungen des Bundesrates, was in parlamentarischen Kommissionen gesagt wird, bleibt meist im Verborgenen. Auch die vertraglichen Bedingungen, die der Bund eingegangen ist, um Impfstoffe und Masken während der Covid-19-Pandemie zu besorgen, sind bis heute nicht im Detail bekannt.

In diesem Dossier weisen wir auf die Gefahren hin, die von einem Staat ausgehen, der immer mehr Daten sammelt und verwertet und sich für immer mehr verantwortlich fühlt. Es untersucht die Frage, welche Massnahmen es braucht, um die Sammelwut des Staates zu bremsen und ihn für seine Bürger transparenter und verantwortungsvoller zu machen. Damit die Schweiz eine freiheitliche Demokratie bleibt, sind dem Staat klare Grenzen zu setzen.

Eine gute Lektüre wünscht
die Redaktion

Für die Unterstützung dieses Dossiers danken wir Philippe Burger.
Redaktionell verantwortlich ist der «Schweizer Monat».